

# Niederschrift SA/011/2016

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des  
Schulausschusses der Stadt Rheine  
am 15.06.2016

Die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

## Anwesend als

### Vorsitzender:

Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied / Vorsitzender
------------------	-----	-----------------------------

### Mitglieder:

Herr Christian Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Frau Eva-Maria Brauer	SPD	Ratsmitglied / 2. Stellv. Vorsitzende
Frau Verena Kaisal	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Fabian Lenz	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Herr Heribert Röder	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzende
Frau Barbara Telker	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied
Frau Christel Zimmermann	SPD	Sachkundige Bürgerin

### beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Heike Barnes	SPD	Sachkundige Einwohnerin f. Beirat für Menschen mit Behinderung
-------------------	-----	----------------------------------------------------------------

Frau Doris Hasenkamp-Jakob	Ausschussmitglied Vertreter der kath. Kirche
Frau Lydia Maul	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat
Frau Dorit Tönjes	bis 19.30 Uhr

**Vertreter:**

Herr Detlef Brunsch	FDP	bis 19.25 Uhr
---------------------	-----	---------------

**Gäste:**

Herr Oliver Meer	Sprecher der Schulleiterkonferenz
------------------	-----------------------------------

**Verwaltung:**

Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Herr Guido Brüggemeier	Produktverantwortlicher Schulen
Herr Maik Angerhausen	Fachbereichscontroller
Herr Ron Erdmann	stellvertretender Schriftführer
Herr Dr. Thomas Gießmann	stellvertretender Fachbereichsleiter
Frau Sandra Jürriens	Schriftführerin
Frau Elsbeth Wigger	Produktverantwortliche Stadtbibliothek

Herr Gude eröffnet die heutige Sitzung des der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Gude teilt mit, dass MV digital die Sitzung des Schulausschusses beabsichtigt zu filmen. Seitens der Mitglieder bestehen keine Einwände.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Herr Mollen den Tagesordnungspunkt 10 „Einrichtung einer weiteren Betreuungsgruppe an der Michaelschule“ im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu beraten. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

## **Öffentlicher Teil:**

### **1. Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung am 12.04.2016**

03:15

Zu Form und Inhalt der o.g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

### **2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 12.04.2016 gefassten Beschlüsse**

03:50

Die Verwaltung hat die in der Sitzung am 12.04.2016 gefassten Beschlüsse ausgeführt.

### **3. Informationen der Verwaltung**

Herr Gausmann gibt folgende Informationen:

#### **3.1. Informations- und Besichtigungsfahrt des Schulausschusses**

04:10

Am 07.06.2016 sollte die Informations- und Besichtigungsfahrt des Schulausschusses stattfinden. Mangels Beteiligung wurde diese abgesagt. Im Herbst soll diese erneut durchgeführt werden.

#### **3.2. Bildung einer Überhangklasse**

04:55

In der vergangenen Woche hat die Konferenz der Erprobungsstufenkoordinatoren/-innen stattgefunden. Im kommenden Schuljahr müssen ca. 22 Schüler/innen einen Schulformwechsel vollziehen. Diese Schüler/innen können in der Form und in dem Umfang an keiner anderen in Betracht kommenden weiterführenden Schule abgebildet werden. Daher wird beabsichtigt, eine Überhangklasse zu bilden. Ein entsprechender Antrag zur Einrichtung einer solchen weiteren Parallelklasse werde bei der Schulaufsicht gestellt werden und sei von dort zustimmungspflichtig.

#### **3.3. Schülerfahrtkostenerstattung durch die Gemeinde Neuenkirchen**

05:45

Auf die Anfrage von Herrn Mollen aus der letzten Sitzung des Schulausschusses wird erklärt, dass die Gemeinde Neuenkirchen die Fahrkosten für Rheiner Schüler/innen als freiwillige Leistung erbringe. Diese Leistungserbringung entspreche nicht der Fahrkostenverordnung NRW.

**4. Besetzung von Schulleiter/innenstellen (Verfahren § 61 SchulG)  
Vorlage: 085/16**

07:40

Es wird mehrfach beantragt, den Beschlussvorschlag dahingehend abzuändern, dass vom Schulausschuss sechs Mitglieder entsendet werden, so dass jede Fraktion mit einer Person vertreten werde. Es wird einstimmig beschlossen, den Beschlussvorschlag entsprechend abzuändern.

**Beschluss:**

**Der Schulausschuss beschließt den in der Begründung dargestellten Verfahrensvorschlag zur Bestellung der Schulleiter/innen nach § 61 SchulG (neu). Der Schulausschuss verändert das Verfahren, indem ein weiteres Mitglied aus dem Schulausschuss ergänzt wird. Es werden neben dem Beigeordneten und dem Schulausschussvorsitzenden folgende Mitglieder des Schulausschusses benannt:**

- |                                            |                                              |
|--------------------------------------------|----------------------------------------------|
| <b>1. Herr Josef Wilp (CDU)</b>            | <b>Vertreterin: Frau Claudia Reinke</b>      |
| <b>2. Frau Ulricke Stockel (SPD)</b>       | <b>Vertreterin: Frau Christel Zimmermann</b> |
| <b>3. Frau Barbara Telker (Die Grünen)</b> | <b>Vertreter: Herr Michael Reiske</b>        |
| <b>4. Herr Heribert Röder (Linke)</b>      | <b>Vertreterin: Frau Annette Floyd-Wenke</b> |
| <b>5. Herr Detlef Brunsch (FDP)</b>        | <b>Vertreter: Herr Alexander Brockmeier</b>  |
| <b>6. Herr Rainer Ortel (AfR)</b>          | <b>Vertreterin: Frau Birgit Marji</b>        |

**5. Neustrukturierung der Schullandschaft der Stadt Rheine im Sek- I Bereich  
Vorlage: 186/16**

11:30

Herr Gausmann erläutert die Vorlage. Diese sei das Resultat eines Gespräches der Verwaltung mit der Bezirksregierung am 21.04.2016. Hierüber wurde bereits in einem vorangegangenen Arbeitskreis Schulstruktur gesprochen. Sowohl der Gesprächsvermerk als auch diese Vorlage wurde im Vorfeld mit der Bezirksregierung abgestimmt.

Herr Gausmann informiert des Weiteren, dass durch die Interessengemeinschaft der Sekundarschule am Hassenbrock eine Unterschriftenliste mit 2000 Unterschriften gegen die Schließung der Sekundarschule am Hassenbrock überreicht wurde. Darüber hinaus sind auch weitere verschiedene Stellungnahmen, u.a. von den betroffenen Schulen, eingegangen und bekannt.

Es besteht Einigkeit, dass der vorgelegte Beschlussvorschlag zum jetzigen Zeitpunkt nicht beschlossen werden könne. Es wurde überfraktional vereinbart, dass zunächst ein Gespräch zwischen Politik und der Bezirksregierung als obere Schulaufsicht einzufordern sei. Im Vorfeld sei ein Fragenkatalog bzw. Forderungskatalog für dieses Gespräch zu erstellen. Sollte die Bezirksregierung das gemeinsame Gespräch mit der Politik verweigern, solle das Gespräch unter aus-

drücklicher Missbilligung des Schulausschusses lediglich zwischen den Vertretern der Verwaltung und der Bezirksregierung unter Zurhilfenahme des erstellten Fragen-/ Forderungskataloges stattfinden.

Auf Nachfragen erklärt Herr Gausmann, dass, sofern die Mindestzahl an der Sekundarschule am Hassenbrock im nächsten Anmeldeverfahren nicht erreicht werden, die Schulaufsicht die weitere Bildung von Eingangsklassen versagen könne. In diesem Fall seien die an der Schule angemeldeten Schüler/innen an den anderen Rheiner Schulen zu beschulen. Mit einer nochmaligen Ausnahmegegenehmigung sei nicht zu rechnen, da diese bereits vor zwei Jahren in Anspruch genommen wurde. Sollte eine strukturelle Veränderung der Schullandschaft der Stadt Rheine zum Schuljahr 2017/18 stattfinden, müsse der Rat als Entscheidungsgremium des Schulträgers im Oktober dieses Jahres einen entsprechenden Beschluss fassen. Danach können die weiterführenden Schulen ihre Informationsveranstaltungen im November gestalten, bevor im Februar kommenden Jahres das Anmeldeverfahren folge.

Es wird bemängelt, dass der Handlungsspielraum der Stadt Rheine als Schulträger durch die Aussagen der Bezirksregierung erheblich eingeschränkt werde. Sollte die Bezirksregierung nicht zu einem Gespräch mit der Politik bereit sein, wolle man ggf. das Gespräch mit dem Ministerium suchen. Es sei dennoch wichtig ein zukunftsfähiges gesamtstädtisches Konzept zu entwickeln. Es wird angemerkt, dass der Erfolg bzw. Misserfolg der Sekundarschule ohne, dass sie einen vollständigen Durchlauf absolviert habe, nicht beurteilt werden könne. Des Weiteren werde in der Erhöhung der Zügigkeit der Gesamtschule eine Schwächung derselben gesehen. Das Schülerpotenzial werde sich in Bezug auf die angestrebte Quotelung durch mehr Klassen nicht ändern. Bei der Standortprüfung solle man alle Optionen in Betracht ziehen. Es besteht Einigkeit, dass bei den weiteren Entwicklungen die betroffenen Eltern, Schüler/innen und Schulleiter/innen beteiligt werden sollen.

Zur Entwicklung eines Fragen-/ Forderungskataloges für das Gespräch mit der Bezirksregierung soll zunächst ein Sondierungsgespräch mit den politischen Vertretern des Arbeitskreises Schulstruktur, sowie aller Schulleitungen der weiterführenden Schulen stattfinden. Das Ergebnis hieraus soll in einem Arbeitskreis mit den politischen Vertretern des Arbeitskreises Schulstruktur beraten und final bearbeitet werden.

### **Beschlussvorschlag/Empfehlung:**

**Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung bezüglich möglicher Veränderungen der Schulstruktur im Sek. I Bereich zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung Folgendes in Abstimmung mit der Bezirksregierung als zuständige Schulaufsicht vorzubereiten:**

- 1. Auflösung der Sekundarschule am Hassenbrock zum Ende des Schuljahres 2016/2017**
- 2. Gleichzeitig Erweiterung der Zügigkeit der Euregio- Gesamtschule auf acht Klassen je Jahrgangsstufe mit der Bildung eines dauerhaften Teilstandortes mit Beginn des Schuljahres 2017/18**
- 3. Erstellung einer Vergleichsanalyse der für einen Teilstandort in**

**Frage kommender Schulstandorte im Hinblick auf:**

- räumliche Rahmenbedingungen
- Auswirkungen auf die Schülerfahrkostenerstattung
- Organisation der Anbindung an den Hauptstandort
- mögliche Folgenutzung der freigezogenen Standorte

**Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt**

**Beschluss:**

**Der Schulausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:**

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt ein Gespräch zwischen dem Schulträger mit Vertreter/innen der Schulpolitik und der Schulaufsicht (Bezirksregierung Münster) einzufordern. Dieses kann durch eine entsprechende schriftliche Willensbekundung durch den Vorsitzenden und die stellvertretende Vorsitzende des Schulausschusses begleitet werden.  
Zur Vorbereitung dieses Gespräches sollen vor der Sommerpause zwei Sitzungen des Arbeitskreises Schulstruktur (nur politische Vertreter) stattfinden, zwecks Erstellung eines Forderungs-/Fragenkataloges im Hinblick auf die zukünftige Schulstruktur im Sek. I Bereich der Stadt Rheine. Zu der ersten Sitzung sind eben falls die Schulleiter/innen der weiterführenden Schulen der Stadt Rheine einzuladen.**
- 2. Sollte die Schulaufsicht ein oben angegebenes Gespräch verweigern, erfolgt dieses Gespräch unter ausdrücklicher Missbilligung des Schulausschusses der Stadt Rheine zwischen der Verwaltung und der Bezirksregierung. Der im Arbeitskreis Schulstruktur erstellte Forderungs-/Fragenkataloges soll dann von der Verwaltung an die Bezirksregierung herangetragen werden.**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

- 6. Öffnung der Obergrenzenregelung im OGS-Bereich an den Grundschulen der Stadt Rheine  
Vorlage: 154/16**

1:27:00

Herr Gausmann stellt die Vorlage vor und erläutert, dass die Obergrenzenregelung nicht mehr zeitgemäß sei. Sofern die Obergrenze erreicht sei und ein Betreuungsbedarf bestehe müsse dieser durch Tagespflege sichergestellt werden. Hierdurch würden für die Stadt erhebliche Kosten entstehen. Sollte im Einzelfall eine Abweichung der Obergrenze erwirkt werden, müsse hierüber für jeden Einzelfall der Schulausschuss einen Beschluss fassen. Die Abschaffung der Obergrenze schaffe insoweit eine notwendige Flexibilität.

Es besteht Einigkeit, dass die Öffnung der Obergrenzenregelung als sinnvoll angesehen wird. Gleichzeitig seien jedoch auch Mindestvoraussetzungen für Räumlichkeiten, Personal und Ausstattung an den Schulen zu schaffen. Es solle eine mittelfristige Planung mit erforderlichen Maßnahmen erfolgen.

**Beschlussvorschlag/Empfehlung:**

**Der Schulausschuss beschließt, die bestehende Obergrenzenregelung für Betreuungsplätze im Offenen Ganztage an 12 rheinischer Grundschulen zum Beginn des Schuljahres 2016/2017 zu öffnen. Die Überschreitung der OGS-Obergrenze kann zukünftig durch die Entscheidung der jeweiligen Schulleitung und unter Berücksichtigung der bestehenden räumlichen Kapazitäten und multifunktionalen Nutzungsmöglichkeiten innerhalb des Schulgebäudes in Absprache mit dem Schulträger erfolgen, wenn im Budget ausreichend Mittel zur Verfügung stehen.**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**7. Erstellung einer Bau- und Kostenplanung für den Ausbau des Dachgeschosses an der Gertrudenschule  
Vorlage: 189/16**

1:32:18

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage.

Es wird erläutert, dass die Planungskosten nicht genau beziffert werden können. Diese können laut hiesigen Fachbereich für Planen und Bauen bis maximal 100.000,00 € betragen. Sobald es um die Detailplanung gehe, werde nochmal eine Kostenaufstellung vorgestellt.

Es wird darüber diskutiert, dass die Kosten von bis zu 100.000 € sehr hoch erscheinen. Die Mitglieder des Schulausschusses bitten um erneute Vorlage nach Feststellung des Ergebnisses der Machbarkeitsprüfung. Insoweit ist der Beschlussvorschlag entsprechend abzuändern.

**Beschluss:**

**Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung einer Machbarkeitsprüfung für den Ausbau des Dachgeschosses an der Gertrudenschule.**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**8. Einrichtung einer weiteren Betreuungsgruppe der "Schule von acht bis eins" an der Canisiusschule  
Vorlage: 182/16**

01:38:05

Der Schulausschuss nimmt zur Kenntnis, dass an der Canisiusschule eine dritte Gruppe der Betreuungsform „Schule von acht bis eins“ eingerichtet wird.

**9. Einrichtung einer weiteren Betreuungsgruppe der "Schule von acht bis eins" an der Kardinal-von-Galen-Schule  
Vorlage: 202/16**

01:38:30

Herr Gausmann erläutert die Vorlage und verweist auf den letzten Absatz, in dem die Schulkonferenz der Kardinal-von-Galen-Schule ihre Bedenken äußert. Ein binnendifferenzierter, individueller Unterricht sei in den vorhandenen Räumlichkeiten nur erschwert möglich. Grundsätzlich müssten Qualitätsmerkmalen und Grundausstattung für Grundschulen überdacht werden, um einen bestmöglichen Unterricht und eine Betreuung für die Kinder zu gewährleisten. In Zukunft müsse man sich zwingend mit der Rheiner Grundschulstruktur auseinandersetzen.

Es wird angemerkt, dass zukünftig bei Überlegungen zur Grundschulstruktur und in Frage kommenden Ausbauplänen Gebiete mit kinderreichen Neubaugebieten besonders berücksichtigt werden sollen.

**Beschluss:**

**Der Schulausschuss beschließt, dass an der Kardinal-von-Galen-Schule eine weitere Gruppe der Betreuungsform „Schule von acht bis eins“ eingerichtet wird und beauftragt die Verwaltung mit der Ausschreibung sowohl der notwendigen Ausstattung als auch der erforderlichen Betreuungsdienstleistung.**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**10. Einwohnerfragestunde (spätestens 19:00 Uhr)**

01:46:35

Elisabeth Reckmann-Bigge, Heinrich Lübke Str. 50, Rheine:

In der Erprobungsstufenkonferenz wurde besprochen, dass ca. 22 Schüler/innen die Schulform wechseln. Von welcher Schulform stammen die Schüler/innen?

Herr Gausmann:

7 Schüler/innen wechseln von der Realschule und die anderen kommen von den Gymnasien.

Wilhelm Rieke, Auf dem Schloss 20, Rheine:

1. Wo sind die Ergebnisse des Prüfauftrages aus dem letzten Schulausschuss (ergebnisoffene Prüfung) nach zu lesen? Insbesondere im Hinblick auf die Steigerung der Öffentlichkeitsarbeit für die Sekundarschulen.
2. Warum hat die Gesamtschule ein vorgezogenes Anmeldeverfahren?
3. Wer prüft hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit die Fahrkosten in Zusammenhang mit der Bildung eines Teilstandortes der Euregio Gesamtschule in Mesum?

Herr Gausmann:

zu 1: Im Rahmen der ergebnisoffenen Prüfung hat ein Gespräch zwischen Verwaltung und Bezirksregierung stattgefunden. Ein entsprechender Gesprächsvermerk wurde den Schulausschussmitgliedern vorgelegt und ist in die Vorlage ein-

geflossen. Auch die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Sekundarschule am Hassenbrock wurde dort besprochen.

zu 2: Das vorgezogene Anmeldeverfahren wird auf Antrag des Schulträgers unter Maßgabe des rechtlichen Verfahrens durchgeführt. In der Vergangenheit mussten jedes Jahr Schüler/innen an der Gesamtschule abgelehnt werden. Um den abgelehnten Schüler/innen die Möglichkeit zu gewährleisten, an einer anderen Wunschschulen einen Platz zu erhalten, führe man das vorgezogene Anmeldeverfahren durch.

zu 3: Die Schülerfahrkosten werden stringent nach Schülerfahrkostenverordnung gewährt und sind im Produkt 1201 abgebildet. Eine freiwillige Zahlung für eine Schule erscheint als nicht möglich, da dann im Rahmen der Gleichbehandlung allen Schüler/innen ein Recht auf Fahrkostenerstattung außerhalb der Fahrkostenverordnung zustehe.

Sabine Farwick, Kösterskamp 19, Rheine:

1. Besteht die Möglichkeit zur Lenkung von Schülerströmen durch Schuleinzugsbereiche?
2. Laut Schulgesetz wird verlangt, dass bei Neugründung einer Schule ein kompletter Durchlauf einer Schule gewährleistet werden muss. Wie passt dieses zur Auflösung der Schule?
3. Wie wird der Elternwille ermittelt und umgesetzt?

Herr Gausmann:

zu 1: Im aktuellen Anmeldeverfahren haben sich 10 Kinder von rechts der Ems in Mesum an der Sekundarschule am Hassenbrock angemeldet und 15 Schüler/innen, die links der Ems wohnen, im Schotthock an der Nelsen- Mandela-Schule. Die Bildung von Schuleinzugsbereichen scheint daher als nicht sinn- und wirkungsvoll. Die Bildung eines Schuleinzugsbereiches für das Stadtgebiet ist laut Weisung des Ministeriums nicht möglich.

zu 2: Das Gesetz sieht einen Durchlauf einer Schule vor. Bei Gründung der Schule waren die Prognosen für einen Durchlauf gegeben. Heute müsse man feststellen, dass sich diese Prognosen nicht bewahrheitet haben.

zu 3: Der Elternwille ist schwierig darstellbar. Was man allerdings abbilden könne ist das Anmeldeverfahren. Zur Zeit sei keine Elternbefragung geplant.

Christiane Waanders, Jägerstr. 110b, Rheine:

Gibt es bezüglich der Schulstruktur vergleichbare Systeme?

Herr Gausmann:

Nach intensiven Beratungen mit der Schulaufsicht wurde seinerzeit die Entscheidung für zwei Sekundarschulen getroffen. Der Schulträger hat sich dabei für die Standorte Mesum und Schotthock entschieden. Im Jahr 2012 war nicht absehbar, wie sich die neue Schulform der Sekundarschulen neben eine sehr starken Realschule und Gesamtschule entwickeln. Rheine sei vergleichbar mit Bochholt, wobei Rheine räumlich mit 15.000 Einwohnern im Südraum sehr speziell ist. Es sei bekannt, dass alle Kommunen, die parallel das integrierte und gegliederte Schulsystem anbieten, ein hohes Akzeptanzproblem an den Sekundarschulen haben.

Martin Woltering, Laugärten 44, Rheine:

1. Die Gemeinde Neuenkirchen mache Werbung mit der Übernahme der Schülerfahrkosten. Wie steht die Politik zu dieser Art von Schülerwerbung?
2. Wie können sich die Eltern und Interessensgemeinschaft in Mesum in den Prozess einbringen?

Herr Gausmann:

zu1: Die Verwaltung der Stadt Rheine erbringt die Fahrtkosten entsprechend der gesetzlichen Regelung nach der Schülerfahrkostenverordnung.

zu2: Als Bindeglied zwischen Politik und Verwaltung besucht der Beigeordnete zur Zeit fast jede Schulkonferenz Dabei pflegt und sucht er den Kontakt zu den Schulpflegschaften, um jede Anregung mitnehmen zu können.

Herr Gude:

zu2: Die Politik ist für jede Einladung offen und immer zu einem Gespräch bereit.

Christof Koenen, kommissarischer Leiter der Kardinal- von- Galen- Schule:

Warum wurde die Kardinal- von- Galen- Schulen nicht vor Beschlussfassung besichtigt?

Herr Gausmann:

Es war eine Informations- und Besichtigungsfahrt mit Mitgliedern des Schulausschusses beabsichtigt. Eine solche wurde von der Verwaltung organisiert. Eine Durchführung mit 4 Teilnehmern wäre jedoch nicht wirtschaftlich gewesen und wurde allein aus dem Grunde kurzfristig abgesetzt.

## **11. Jahresbericht der Stadtbibliothek 2015 und Arbeitsplanung 2016**

**Vorlage: 155/16**

02:08:20

Herr Gausmann stellt Frau Wigger als Leiterin der Stadtbibliothek vor.

Bezüglich der Vorlage wird vorgeschlagen in der Nähe des Rathauses öffentliche Toiletten zu schaffen, damit die Situation in der Stadtbibliothek entschärft wird.

Herr Gausmann werde dies mit der zuständigen Dezernentin thematisieren.

Es besteht Einigkeit, dass um die neuen Bereiche besser kennen zu lernen in den nächsten Sitzungen eine kurze Vorstellung der dazukommenden Abteilungen (Bibliothek, VHS, Musikschule) stattfinden soll. Es wird bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2017 eine Übersicht der neuen Bereiche für das kommende Jahr gewünscht, sofern diese über die vorliegende Vorlage hinaus gehen (Bereich Stadtbibliothek).

**Beschluss:**

**Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.**

**12. Stadtbibliothek - Antrag: "10 Millionen in 10 Jahren - Haushaltsmaßnahmen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen"  
Vorlage: 161/16**

02:17:15

Herr Gausmann erläutert die Vorlage.

**Beschlussvorschlag/Empfehlung:**

**Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung:**

- 1. Die Ergebnisse der Besucherbefragung der Stadtbibliothek vom Mai 2016 vorzutragen.**
- 2. Eine Gebührensatzung zur Entscheidung vorzulegen, die höhere Nutzungsgebühren ab Januar 2017 festlegt.**
- 3. Ein Gebühreneinzugsverfahren für die Benutzungsgebühr einzuführen.**
- 4. Die Fortschreibung der Stellenbedarfsermittlung von 2007 bis zu den Haushaltsplanberatungen 2017 vorzulegen.**
- 5. Eine Fortschreibung des Medienentwicklungsplans für den Zeitraum 2018 -2023 vorzulegen.**
- 6. Regelmäßig im Rahmen des Jahresberichts über die Entwicklung der Kooperationsprojekte zu berichten.**

**Beschluss: einstimmig**

**13. Berichtswesen 2016,  
Stichtag 31. Mai 2016,  
Fachbereich 2 -  
Produktgruppen 11 (Bereitstellung schulischer Einrichtungen),  
12 (Zentrale Leistungen für Schüler/innen) und  
14 (Volkshochschule) sowie Produkte 1303 (Stadtbibliothek)  
und 1304 (Musikschule)  
Vorlage: 196/16**

02:24:16

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage und erläutert, dass der Inhalt Berücksichtigung in den Haushaltsplanberatungen für die Haushaltsjahre 2017 finden wird.

Es wird angefragt, ob die Nichtwiederbesetzung einer Stelle Geschäft der laufenden Verwaltung sei. Herr Gausmann erläutert, dass seitens der Verwaltung die Entscheidung gefällt worden sei, diese Stellenanteile nicht zu besetzen, um mögliche Veränderungen im Bereich der Musikschule nicht zum jetzigen Zeitpunkt zu verhindern. Es werde eine Beschlussvorlage zu dieser Thematik vorbereitet und dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

**Beschlussvorschlag/Empfehlung:**

**Der Schulausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 2**

**– Produktgruppen 11 (Bereitstellung schulischer Einrichtungen), 12 (Zentrale Leistungen für Schüler/innen) und 14 (Volkshochschule) sowie Produkte 1303 (Stadtbibliothek) und 1304 (Musikschule)– mit dem Stand der Daten zum 31.05.2016 zur Kenntnis.**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**14. Anfragen und Anregungen**

02:29:40

Es werden keine Anfragen oder Anregungen vorgetragen.

***Ende der Sitzung:***

***20.00 Uhr***

---

Stefan Gude  
Ausschussvorsitzender